

«Auch in der Schweiz könnte eine Solarmodul-Fabrik entstehen»

Neuanfang von Meyer Burger Hätte er nicht neues Geld aufgetrieben, wäre Meyer Burgers Technologie für ein Butterbrot nach China verscherbelt worden, sagt der Banker Anton Karl. Die Swissness der Solarfirma will er wieder stärken.

Julian Witschi

Herr Karl, vor genau einem Jahr sind Sie mit der Aktionärsgruppe um Sentis in einer tumultartigen Generalversammlung von Meyer Burger abgeblickt. Jetzt läuft die geforderte Neuausrüstung. Wie haben Sie das geschafft?

Die ehemalige Führung wollte, dass Meyer Burger ihre weltweit technologisch führenden Maschinen und Produktionsanlagen exklusiv an REC, eine Tochterfirma von Chemchina, verkauft. Sie hängte sich also ans Gängelband eines chinesischen Staatskonzerns. Doch die Monate sind vergangen, und es gab keine Bestellungen von REC.

Meyer Burger drohte also der Konkurs, und Sentis hätte fast die ganze Investition verloren, die Sie für den russischen Industriellen Pjotr Kondraschew getätigt hatten?

Meyer Burger ging im März tatsächlich allmählich die Luft aus. Das ist die Folge, wenn man sich derart an einen Partner klammert und das auch öffentlich bekundet. Das schwächt die Verhandlungsposition enorm. Die frühere Firmenleitung wollte Chemchina die führende Technologie für ein Butterbrot überlassen. Das gesamte Know-how wäre unseres Erachtens verschenkt worden. Chemchina und REC liessen keine adäquate Gegenleistung erkennen. Dabei haben die Aktionäre seit 2006 über eine Milliarde Franken in das Unternehmen investiert.

Warum wollte die alte Führung um VR-Präsident Remo Lütholf und CEO Hans Brändle Meyer Burger derart an REC binden? Vor allem Banker und Berater von Meyer Burger haben sich schon Ende 2018 vehement



Anton Karl hat für den russischen Grossaktionär Pjotr Kondraschew Meyer Burger neu ausgerichtet. Statt chinesische Solarfirmen mit Maschinen auszurüsten, produziert das Unternehmen bald selber Solarzellen und -module. Foto: Christian Pfander

ressenkonflikte haben uns die Gänsehaut über den Rücken laufen lassen. Ein zweites Beispiel ist, dass ein ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied (Anmerkung der Redaktion: Verkaufschef Dieter Escher) sofort nach seinem Ausscheiden bei Meyer Burger als strategischer Berater zur REC gewechselt ist. Das alles hat einen fahlen Beigeschmack.

Trotzdem hat die Generalversammlung im Mai dann zwei Vertreter Ihrer Aktionärsgruppe in den Verwaltungsrat gewählt. Wie haben Sie die vielen treuen Kleinaktionäre auf Ihre Seite gezogen?

Wir haben viel gearbeitet und Kontakt gesucht zu kleineren Aktionären. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass wir im Oktober 2019 doch richtig gelegen sind. Schon an der damaligen GV waren weniger die Kleinaktionäre dagegen als Stimmrechtsberater wie Ethos oder ISS, die von Proxy-Solicitors und anderen Beratern im Auftrag von Meyer Burger für eine grosse Summe bearbeitet wurden. Als dann das Geld auszugehen drohte, ging ein Ruck durch das Aktionariat. Die Aktionäre waren bereit, das Heft in die Hand zu nehmen. Meyer Burger neu auszurichten und dafür auch neues Kapital bereitzustellen.

Anton Karl

gegen unseren Vorschlag gewehrt, dass das Unternehmen selber Solarzellen und -module produzieren soll. Für diese Strategie waren frisches Kapital und neue Führungsleute mit den richtigen Kompetenzen nötig. Und es gab Interessenkonflikte.

Welche?

Beispielsweise war ein Partner einer Zürcher Anwaltskanzlei (Anmerkung der Redaktion: Dieter Gericke) aufseiten von Meyer Burger beratend tätig, war zugleich für Chemchina im Verwaltungsrat des Agrarchemiekonzerns Syngenta gesessen und war früher Chemchina beratend zur Seite gestanden. Derartige Inte-

Wie wird man eigentlich Co-Chef einer Investmentgesellschaft eines milliardenschweren russischen Industriellen? (lacht) Das sind Zufälle. Ich war früher Banker bei Lehman Brothers und bei der Zürcher Bank Nomura. Es gibt immer wieder Wohlhabende, die in ihrer Vermögensverwaltung Unterstützung suchen. Mark Kerekes und

ich sind damals angesprochen worden. Herr Kondraschew wohnt in Wien und wir sind aus Österreich, so haben wir uns dann irgendwie gefunden. Mark Kerekes ist ein sehr guter Analyst, ich bin erfahrener Jurist. Wir leiten seit sechs Jahren Kondraschews Holdinggesellschaft Elbogross SA und die Tochtergesellschaft Sentis Capital.

Wie fallen die Entscheide, wo Sentis sich engagiert? Das Investmentkomitee der Gesellschaften, das als Verwaltungsräten, den Geschäftsfüh-

Zur Person

Anton Karl ist für das Interview nach Bern gekommen, wo der Machtkampf um die Neuausrüstung Meyer Burgers vor einem Jahr gepölpelt war. Der 44-Jährige wohnt in Feldmeilen. Seit ein paar Wochen verfügt der gebürtige Österreicher über die Schweizer Staatsbürgerschaft. Im Gespräch drückt der typische Charme, der Wiener Schmah, durch. Doch der Banker kann auch ziemlich hart über Gegner urteilen und Investimentsentscheide fällen. Anton Karl hat an der Universität Salzburg den Magister der Rechtswissenschaften erworben und in den USA ein MBA. Er arbeitete an diversen Standorten für die US-Investmentbank Lehman Brothers, die in der Finanzkrise 2008 zusammengebrochen ist. Dann kam er zur Nomura Bank nach Zürich, wo er unter anderem institutionelle Kunden betreute. Seit 2014 ist er VR-Präsident von Pjotr Kondraschews Familien-Beteiligungsgesellschaft Elbogross und seit 2018 Co-Geschäftsführer der Tochtergesellschaft Sentis. (ju)

rern und Analysten besteht, arbeitet die Investmententscheidungen aus. In seltenen Fällen wie bei Meyer Burger bitten wir um den Sanktus von Herrn Kondraschew. Bei Meyer Burger haben wir ihm unsere Analysen für die Neuausrüstung vorgelegt und erklärt, dass dafür nochmals eine Aktienkapitalerhöhung notwendig wird. In Zeiten von Corona konnten wir uns nicht treffen, so hat er nach unseren Präsentationen am Telefon gesagt: «Gut, ihr Burschen, machts!»

Die Aktionäre haben dann einer relativ komplizierten Kapitalerhöhung zugestimmt. 165 Millionen Franken sind zusammengekommen, wer hat dazu wie viel beigesteuert?

Grosses Lob an Swisscanto. Die Anlagegesellschaft der Zürcher Kantonalbank hat in dieser schwierigen Situation eine signifikante Summe bereitgestellt, was man anhand der öffentlichen SIX Meldungen erkennen kann. Mit Urs Fähndrich und weiteren Investoren aus seinem Umfeld haben wir 70 bis 80 Millionen Franken der Vorabverpflichtungen beigesteuert. Senti hält jetzt gemäss letzter Meldung 14,73 Prozent der Aktien. Eine Mehrheit ist nicht unser Ziel. Aber wir wollen unsere Interessen durchsetzen können, wenn wir merken, dass etwas schiefgeht.

Was haben Sie gelernt in dem Disput mit den Aktionären? Die Kleinaktionäre haben meist den Nachteil, dass sie nicht so viel Zeit und Ressourcen haben, um die Probleme tief greifend zu studieren. Daher sind sie anfälliger dafür, manipuliert zu werden. Sie haben in diesem

bauen, das ist nachvollziehbar. Das hätte auch viel mehr gekostet. Meyer Burger mietet nun in Bitterfeld-Wolfen, im Bundesland Sachsen-Anhalt, eine neue Fabrik, die über 300 Millionen Euro gekostet hat, zu sehr günstigen Konditionen. In Freiberg konnte ein Standort mit einem riesigen Logistikzentrum für 12 Millionen Euro gekauft werden, dies bei einem von mir geschätzten Neuwert von gegen 100 Millionen.

Aber das Fabrikgebäude von Meyer Burger in Thun stand ja auch weitgehend leer.

Wenn Meyer Burger wieder stark wird, wird dies Rückkoppelungseffekte auf die Schweiz haben, davon bin ich überzeugt. Es gibt ja mittlerweile laut Medienberichten auch interessierte Schweizer Energieversorger, die gern eine Modulfertigung in der Schweiz hätten. Ob wir hierzu-über produzieren, hängt von solchen Faktoren ab. Generell bin ich zuversichtlich, dass die Swissness von Meyer Burger wieder forciert werden wird.

Was könnte in der Schweiz produziert werden?

Die Zellproduktion muss laut Aussagen von CEO Gunter Erfurt zentralisiert und ganz gross für die Massenproduktion ausgelegt werden. Das geschieht in Bitterfeld. Aber Modulfertigung wird dezentral näher bei den Kunden gebaut und auf die lokalen Bedürfnisse ausgerichtet. Die nächsten Modulfabriken könnten anderswo in Europa entstehen, auch in der Schweiz, die für Solarmodule ein hochattraktiver Markt ist. Der Sitz und die Aktiennotierung von Meyer Burger machen einen Teil der Swissness aus. Ebenso sind die Grundlagenforschung beim CSEM in Neuenburg und die Entwicklung

Meyer Burger will im 2. Quartal 2021 mit der Produktion von Solarzellen und -modulen beginnen. Ist das Unternehmen hier trotz Corona-Pandemie auf Kurs?

Ja, ich halte den Termin für sehr realistisch. Denn was Meyer Burger als langjähriger Ausrüster der globalen Solarindustrie besonders gut kann, ist der schnelle Aufbau der Produktion.

Hat REC in den Verhandlungen die Technologie von Meyer Burger erklärt bekommen und kann sie nun kopieren?

Ich war nicht an den Verhandlungen beteiligt. Aber es ist sehr komplex, die Prozesse zu kopieren. Meyer Burger arbeitet auch schon an der nächsten Technologie. Der Technologievorsprung ist nicht statisch. Daher wurde kürzlich auch die Zusammenarbeit mit dem Neuenburger Forschungsinstitution CSEM verlängert. Zudem ist China kein Zielmarkt mehr, sondern es sind westliche Märkte wie Europa, USA, Australien. Dort gilt der Schutz des geistigen Eigentums.

Der Aktienkurs ist zwar von sehr tiefem Niveau gestiegen, trotzdem bewertet der Markt Meyer Burger erst mit rund 600 Millionen Franken. Damit sind Sie noch nicht zufrieden?

In der Vergangenheit wurde viel zu wenig erklärt, wie zentral die Rolle von Meyer Burger in der globalen Solarstromindustrie ist. Sie hat fast alle chinesischen Solarfirmen ausgerüstet. Jetzt langsam begreift der Markt, dass Meyer Burger die technologische Kompetenz und eine gute Zukunft vor sich hat.

Worb blickt auf die nächsten vier Jahre

Gemeindewahlen Worb Ende November wird in Worb gewählt. Ein Überblick, wofür sich die Parteien einsetzen wollen und was sich Gewerbe und Vereine wünschen.

Stephanie Jungo

40 Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Das Gemeindepresidium. Und der Gemeinderat. Über all jene Ämter entscheiden die Werberinnen und Werber am 29. November.

Für den Gemeinderat treten alle Bisherigen wieder an. Ins Parlament, in dem SVP und FDP 18 Sitze, SP und Grüne 12 Sitze und die Mitteparteien GLP, BDP und EVP 10 Sitze besetzen, wollen über 100 Männer und Frauen. Und: Niklaus Gfeller (EVP), der seit 12 Jahren Gemeindepresident ist und es bleiben möchte, wird von Sandra Büchel (SP) herausgefordert.

Die Mitte bündelt ihre Kräfte

Vielorts tun sich die Mitteparteien zusammen. So auch in Worb. Bisher spannten lediglich BDP und GLP zusammen. Nun kommt die CVP dazu. Zwar gebe es seit einigen Jahren keine CVP-Sektion mehr, Mitglieder aber schon. Die drei Parteien – Liste «Mitte Worb» – treten selbstbewusst auf: «Wir wollen im Gemeinderat mehr Gewicht bekommen», schreiben sie in einer gemeinsamen Mitteilung. Aktuell stellen sie mit Adrian Hauser (BDP) einen Gemeinderat, im Parlament besetzen sie fünf Sitze.

Neues schaffen. Darauf zielen SP und Grüne. «Die Welt neu erfinden können wir nicht. Aber SP und Grüne haben viele Projekte angestossen, die wir weiterführen müssen», sagt Heil. Konkret heisst das: Den Langsamverkehr fördern. Das Klima schonen. Betreuungsangebote vernetzen. Freiflächen schaffen, Grünflächen erhalten. «Gerade wenn wir mehr verdichtet bauen, braucht es mehr Freiräume», sagt Sandra Büchel. Dazu gehöre auch die aktive Bodenpolitik: Wo wird gebaut und wie? Worb hat viel gebaut, gestaltet aber kaum. «Der Verkehr im Zentrum wurde beruhigt, jetzt müssen wir dort neues Leben ansiedeln», sagt Günter Heil. Es brauche frische Ideen – unabhängig davon, aus welcher Ecke sie kommen. «Worb hat das dringend nötig.»

SP und Grüne: Angriff aufs Gemeindepresidium Grüne und SP wollen mehr: SP-Frau Sandra Büchel fordert den langjährigen Gemeindepresidenten Niklaus Gfeller (EVP) heraus. Unterstützt wird sie dabei von den Grünen, mit denen die SP

SP und Grüne: Angriff aufs Gemeindepresidium

Grüne und SP wollen mehr: SP-Frau Sandra Büchel fordert den langjährigen Gemeindepresidenten Niklaus Gfeller (EVP) heraus. Unterstützt wird sie dabei von den Grünen, mit denen die SP

Die Bürgerlichen und die Finanzen

Schulden abbauen und die Wirtschaft fördern. Es sind die typischen Forderungen der Bürger-



Das Parlament an seiner ersten Sitzung nach dem Lockdown. Am 29. November wird in Worb ein neues Parlament gewählt. Foto: Susanne Keller

eine gemeinsame Liste und Fraktion hat. «Nach 12 Jahren braucht es Mut für einen Neustart», sagt Günter Heil, Präsident der Grünen. Von Sandra Büchel erhofft er sich, dass neue Impulse gesetzt werden.

Neues schaffen. Darauf zielen SP und Grüne. «Die Welt neu erfinden können wir nicht. Aber SP und Grüne haben viele Projekte angestossen, die wir weiterführen müssen», sagt Heil. Konkret heisst das: Den Langsamverkehr fördern. Das Klima schonen. Betreuungsangebote vernetzen. Freiflächen schaffen, Grünflächen erhalten. «Gerade wenn wir mehr verdichtet bauen, braucht es mehr Freiräume», sagt Sandra Büchel. Dazu gehöre auch die aktive Bodenpolitik: Wo wird gebaut und wie? Worb hat viel gebaut, gestaltet aber kaum. «Der Verkehr im Zentrum wurde beruhigt, jetzt müssen wir dort neues Leben ansiedeln», sagt Günter Heil. Es brauche frische Ideen – unabhängig davon, aus welcher Ecke sie kommen. «Worb hat das dringend nötig.»

SP und Grüne: Angriff aufs Gemeindepresidium

Grüne und SP wollen mehr: SP-Frau Sandra Büchel fordert den langjährigen Gemeindepresidenten Niklaus Gfeller (EVP) heraus. Unterstützt wird sie dabei von den Grünen, mit denen die SP

Die Bürgerlichen und die Finanzen

Schulden abbauen und die Wirtschaft fördern. Es sind die typischen Forderungen der Bürger-

lichen – auch in Worb. «Die KMU werden zwar nicht vernachlässigt. Die Förderung könnte man dennoch ausbauen», sagt Daniel Stucki (FDP).

Die FDP fordert eine Anlaufstelle für die Wirtschaft in der Gemeinde, wo Verfahren beschleunigt werden. «Die KMU entscheiden, wie es einer Gemeinde geht. Viele unserer Anliegen erledigen sich von allein, wenn es der Wirtschaft gut geht», so Stucki. Dazu gehören etwa auch die Bildung und die Förderung der Jugend.

In den letzten Jahren sei Worb – trotz Hochkonjunktur – immer gerade so flach rausgekommen, sagt SVP-Präsident Bruno Fivian. Ausnahme bilde lediglich das letzte Jahr. So habe man keine Schulden abbauen können. Gleichzeitig sollte die Gemeinde Schulen sanieren. «Das sind richtige Knacknüsse.»

Sparpotenzial verortet Fivian beim Energiestadtlabel, das viele Auflagen mit sich bringe. Fivian warnt auch vor neuen Gebühren. «Wir müssen dem Mittelstand den Rücken freihalten und ihn nicht mit immer neuen Gebühren belasten, die nur wenige zugutekommen.» Auch eine Steuererhöhung sei keine Option. Aber: «Wir Bürgerliche sind

in Legislative und Exekutive untervertreten. Ziel sei es deshalb, den verlorenen Sitz im Gemeinderat zurückzuholen und im Parlament zuzulegen.

Gewerbe fordert mehr Praktiker

Das Gewerbe stand in den letzten Jahren immer wieder im Fokus vieler Diskussionen. Auch im Zusammenhang mit der Umfahrungsstrasse. Raubt sie den Läden die Laufkundschaft? Braucht es Poller, die den Verkehr leiten – oder schaden diese nur?

Niklaus Sägesser ist Präsident vom Worber Gewerbeverein. Die Wahlen sieht er als Chance für eine neue Auslegung. «Wir brauchen mehr Frequenz im Dorf.» Oder: mehr Platz für Fahrräder, Fussgänger und Autos. «Das sind Frequenzbringer.» Und: «Die Politik muss die Menschen dazu motivieren, mehr im Dorf zu verkehren, einzukaufen und es zu beleben.»

Ihm ist wichtig, dass das Gewerbe Vertreter in der Politik hat. «Wir brauchen Innovatoren, Praktiker und Denker – praktische Denker. Und keine Theoretiker.» In der Politik gebe es viele Analytiker, Juristen oder Betriebswirte, «halbe Berufspolitiker». «Aber es braucht auch

Menschen aus dem praktischen Leben, die für ihr Brot arbeiten – praktische Denker und Handler.»

Sach-statt Parteipolitik für die Vereine

Die Vereine – sie werden gerne als Rückgrat einer Gemeinde bezeichnet. Einer der grössten Vereine in Worb ist der Sportclub – der Fussballverein. Präsident Roland Graf arbeitet viel mit der Gemeinde zusammen. Er mache dabei gute Erfahrungen.

Als Beispiel nennt er den Kunststrassen. Zwar habe dieser eine Extraschleife gedreht – das Parlament wies das Geschäft zurück, weil es wissen wollte, wie sich das Granulat auf die Umwelt aufwirkt. «Jetzt haben wir dafür einen Kunststrassen, der zu den besten der Schweiz gehört.»

Roland Graf politisierte einst selbst im Worber Parlament, er ist nach wie vor in der FDP. Ihm bereite es Sorgen, dass in den Gemeinden immer mehr Parteipolitik und nicht Sachpolitik betrieben werde. «Es geht doch darum, was wir gemeinsam erreichen können. Dazu müssen wir miteinander reden.» Er plädiert für mehr Sachpolitik und weniger Parteipolitik, die viel Geld und Energie koste.

Bremgarten will nicht mit Bern fusionieren

Entscheid Der Gemeinderat von Bremgarten steigt aus dem Projekt «Kooperation Bern» aus. In einer Online-Umfrage habe sich eine Mehrheit der Teilnehmenden kritisch geäußert, begründet der Gemeinderat den Schritt.

Die Berner Vorortgemeinde Bremgarten will nicht mit der Stadt fusionieren. Der Gemeinderat steigt aus dem Projekt Kooperation Bern aus, wie er gestern mitteilte. In einer Online-Umfrage hatte sich eine grosse Mehrheit der Teilnehmenden kritisch gezeigt. 87 Prozent der Rückmeldungen sahen bei einer Fusion mit der Stadt Bern Nachteile, schreibt der Gemeinderat. Er habe die Ergebnisse der Konsultation sowie die Machbarkeitsstudie geprüft und beschlossen, das Projekt Kooperation Bern nicht weiterzuführen.

Der Gemeinderat verzichtet in eigener Kompetenz darauf, das Geschäft einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung im Frühjahr 2021 vorzulegen. In der Umfrage hatten 85 Prozent der Teilnehmenden weitere Fusionsverhandlungen abgelehnt. An der Online-Umfrage beteiligten sich 227 Privatpersonen und 3 Organisationen aus Bremgarten. Konkretisiert haben sich die Fusionsabsichten im Raum Bern bislang in Ostermündigen und Bern. Beide Gemeinderäte haben inzwischen entschieden, mit der Aufnahme von Fusionsverhandlungen einen Schritt weiterzugehen. Die Parlamente müssen dazu noch grünes Licht geben.

Im Rahmen des Projektes «Kooperation Bern» hatten Bern, Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen, Kehrsatz und Ostermündigen eine Machbarkeitsstudie erarbeitet lassen. Die anderen Projektgemeinden sollten ihre Grundsatzentscheide anfangs 2021 fällen. (sda)

Die variablen Gewinne von Energie Wasser Bern (EWB) sollen neu zweckgebunden in den Ökofonds fliessen. Der Berner Gemeinderat hat die EWB-Eignerstrategie seinen Klimazielen angepasst. Die entsprechenden Gelder aus dem Ökofonds werden für den Ausbau der Fernwärme sowie die Elektrifizierung der Busflotte von Bernmobil verwendet, teilte der Gemeinderat gestern mit.

Stadt passt EWB-Strategie den Klimazielen an

Energie Wasser Bern Die variablen Gewinne von Energie Wasser Bern (EWB) sollen neu zweckgebunden in den Ökofonds fliessen. Der Berner Gemeinderat hat die EWB-Eignerstrategie seinen Klimazielen angepasst. Die entsprechenden Gelder aus dem Ökofonds werden für den Ausbau der Fernwärme sowie die Elektrifizierung der Busflotte von Bernmobil verwendet, teilte der Gemeinderat gestern mit.

Das 2016 eingeführte Gewinnausschüttungsmodell von EWB sieht vor, dass jährlich 40 Prozent des Jahresgewinns, mindestens aber 18 Millionen Franken an die Stadt Bern gehen. Zehn Prozent davon sind für die Speisung des Ökofonds bestimmt. Ist der Jahresgewinn höher als 45 Millionen Franken, kommt es zu einer variablen Gewinnausschüttung: Wiederum 40 Prozent dieses Betrag fliessen in den Ökofonds, die restlichen 60 Prozent bleiben im Unternehmen EWB.

Im Jahr 2020 wurde erstmals ein variabler Gewinn an die Stadt ausgeschüttet: Vier Millionen Franken flossen zweckgebunden in den Ökofonds. Die konkrete Gewinnverwendung wird vom Gemeinderat beschlossen. (sda)

Ist die Fusion alternativlos?

Ostermündigen Das Parlament debattierte über die Finanzen der kommenden Jahre.

Ostermündigen gibt 2021 1,1 Millionen Franken mehr aus, als es einnimmt. So die Prognose der Gemeinde. Immerhin nur ein Minus von 1,1 Millionen Franken, so der Tenor im Gemeindepresidenten gestern. Schliesslich waren die Aussichten schon düsterer.

Ein bisschen Hoffnung Die Aussicht auf eine Fusion – sie war auch in der Debatte Thema. «Die Gemeinde säuft finanziell ab», sagt Colette Nova (SP). Das scheinende Gemeinderat nicht zu kümmern. Zu diesem Schluss komme sie, weil der Gemeinderat keine Aussage dazu mache, wie es mit den Finanzen weitergehen solle, wenn die Fusion mit der Stadt Bern nicht zustande komme. Nova kritisierte

aber nicht nur, sie sorgte auch für einen Hoffnungsschimmer: Sie rechnet damit, dass die Gemeinde mehr Geld aus der Liquidation der Pensionskasse PWS BIO entnehmen werden kann, als zurzeit im Finanzplan vorgesehen ist. Und sie hatte lobende Worte für den Gemeinderat. Der Finanzplan sei expliziter, informativer und lesbarer als in vergangenen Jahren. Auch sei ein Effort unternommen worden, dessen Genauigkeit zu erhöhen. Noch in der letzten Parlaments-sitzung stand der zuständige Ge-

meinderat Erich Blaser (SVP) deshalb in der Kritik. Dennoch bleiben die Sorgen. Silvia Fels (EVP) sagte: «Wir stehen mit dem Rücken ziemlich nah an der Wand.» Und doch gebe es keinen anderen Weg, als den Finanzplan anzunehmen. Dies tat der Rat dann auch – mit Enthaltungen und zähneknirschend.

Höhere Steuern, jetzt! Die Debatte zum Budget war kurz. Christian Zeyer (SP) kritisierte, dass die Zahlen der Gemeinde jeweils aufgehübscht

seien mittels Reserven. «Die Reserven wären eigentlich für die Aufbüschung der Gemeinde.» Er würde gern wissen, wie gross die Defizite ohne die angezapften Reserven wären.

Das Parlament blieb pragmatisch: Ändern könne man ohnehin nicht viel. Adrian Tanner (Grüne) kritisierte diese Haltung. «Wir können etwas machen, schliesslich sind wir das Parlament.» Sein Vorschlag: Die Steuern bereits jetzt erhöhen – der Antrag blieb chancenlos. Das Parlament stimmte dem Budget zu. (js)